

TEXT PODCAST

4. Oktober 2011

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

Online-Petition: Weniger Stress im digitalen Leben

Voreinstellungen bei technischen Geräten und Diensten müssen maximalen Datenschutz gewährleisten. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordert den Bundestag auf, dieses Prinzip gesetzlich zu verankern und hat eine Online-Petition gestartet, die jeder Bürger unterzeichnen kann.

Link zur Pressemitteilung: <http://www.vzbv.de/go/presse/1533/index.html>

O-Töne von

- Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
- Cornelia Tausch, Leiterin Fachbereich Wirtschaft und Internationales (vzbv)

Beitrag

Wer ein internetfähiges Smartphone benutzt, Mitglied in einem sozialen Netzwerk ist oder einfach nur im Internet surft, gibt verschiedene Informationen von sich preis. Diese Daten sind sozusagen die Währung, mit der die meist kostenlosen Online-Dienste bezahlt werden. Doch das geschieht selten freiwillig. Meist wissen die Nutzer gar nicht, welche Daten sie freigeben, kritisiert Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands:

O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:30 Min)

Heute kann eine digitale Profilbildung weitgehend frei erfolgen. Es gibt keinen regulatorischen gesetzlichen Rahmen, und das führt dazu, dass es eine große Verunsicherung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern gibt und dass viele Stress haben, Stress herauszufinden, wie ich die Datenschutzeinstellungen bei Facebook, bei Apple, bei Zalando oder auch bei anderen Anbietern auf eine datenschutzsparsame Weise einstellen kann.

Die Datenschutzeinstellungen für Internetdienste oder Smartphones lassen sich zwar den persönlichen Vorlieben nach anpassen, doch das ist oft ausgesprochen mühsam und kompliziert. Ändert der Nutzer nichts an den Standardeinstellungen, gibt er meist mehr von sich preis, als ihm lieb oder bewusst ist. Das reicht von persönlichen Interessen, über Standortdaten, bis hin zu biometrischen Daten, wie zum Beispiel durch die Gesichtserkennungssoftware bei Facebook. Der Verbraucherzentrale Bundesverband fordert daher, dass die Voreinstellungen bei technischen Geräten und Internetdiensten maximalen Datenschutz gewährleisten müssen. „Privacy by Default“ – zu deutsch: „Privatheit in der Voreinstellung“ heißt das angestrebte Prinzip:

O-Ton 2 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:28 Min)

Das Ziel ist, dass jeder, der Software herstellt, jeder, der ein Gerät auf den Markt bringt, zunächst einmal dieses Gerät mit einer Grundeinstellung liefert, die einen höchstmöglichen Schutz persönlicher Daten beinhaltet. Wer mehr persönliche Daten freigeben möchte, kann das gerne tun, aber zunächst sollte die Grundeinstellung datensparsam sein. Das ist auch

erforderlich, um für die, die nicht jedem alles über sich preisgeben wollen, das auch zu ermöglichen.

Das Problem beginnt bereits beim Internetbrowser. Um Webseiten komfortabler nutzen zu können, werden so genannte Cookies gespeichert. Das sind kleine Dateien, die im schlimmsten Fall jahrelang auf der Festplatte bleiben und das Surfverhalten des Nutzers analysieren. Dazu kommt, dass in Zukunft jeder Internetnutzer eine feste IP-Adresse, genannt IPv6, zugewiesen bekommen soll. Man würde sozusagen mit einem Nummernschild durch das Internet surfen. Auch bei diesen Problemen sollen datenschutzfreundliche Grundeinstellungen die Privatsphäre des Nutzers schützen, fordert Cornelia Tausch vom Verbraucherzentrale Bundesverband:

O-Ton 3 Cornelia Tausch, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:28 Min)

Bei Browsern würde das bedeuten, Cookies werden nicht zugelassen. Bei Smartphones würde das bedeuten, Ortungsdienste sind bei Auslieferung ausgestellt. Ich muss also nicht erst herausfinden, wie ich sie ausstellen kann. Bei Smartphones würde dieses aber auch bedeuten, dass diese Privacy-Extensions, die wichtig sind, wenn wir IPv6 einführen, also dieses neue Internetprotokoll, dass diese aktiviert und nutzbar sind.

Aktuell bietet die anstehende Novelle des Telemediengesetzes die Gelegenheit, datenschützende Voreinstellungen für Internetdienste gesetzlich zu verankern. Der Vorschlag zur Gesetzesänderung sieht auch die automatische Löschung inaktiver Accounts in sozialen Netzwerken vor. Der Verbraucherzentrale Bundesverband unterstützt diese Forderungen und hat eine Online-Petition auf den Weg gebracht, die jeder Bürger unter vzbv.de/petition im Internet unterzeichnen kann. Dazu Cornelia Tausch:

O-Ton 4 Cornelia Tausch, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:29 Min)

Es ist ein Instrument, das den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, ihren klaren Willen zum Ausdruck zu bringen und sich damit auch an den Gesetzgeber, an die Vertreter und Vertreterinnen zu wenden und zu sagen: Hier, das ist etwas, das uns am Herzen liegt, das wollen wir tatsächlich umgesetzt haben, das ist wichtig. Denn bei einer Pressemitteilung sind nur wir diejenigen, die sagen, das ist gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Bei einer Online-Petition sind es die Bürgerinnen und Bürger selbst, die dieses klar zum Ausdruck bringen.

Viel zu lange hat sich beim Datenschutz im Internet nichts getan, jetzt ist der Gesetzgeber aufgefordert, etwas zu ändern. Ziel der Online-Petition ist, dass das Anliegen im Petitionsausschuss des Bundestags zur Sprache kommt, so Gerd Billen:

O-Ton 5 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:20 Min)

Dann kommt es darauf an, dass der Innenminister tätig wird, dass er dafür sorgt, im Telemediengesetz, beim Bundesdatenschutzgesetz, auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass Datensparsamkeit, dass Schutz von Persönlichkeitsrechten in Deutschland großgeschrieben wird und nicht wie im Moment in einem Dornröschenschlaf liegt.

Die Kontrolle über persönliche Daten darf kein Expertenprivileg sein, so Gerd Billen weiter. Sollten also die Forderungen nach mehr Datenschutz im Internet beim Bundestag Gehör finden, würde das die Nutzer besser als bisher in die Lage versetzen, sich bewusst für oder gegen eine Datenschutzeinstellung zu entscheiden.

ENDE